

LSBTIQ*-Organisationen aus Mecklenburg-Vorpommern:

ACR: Centrum für Sexuelle Gesundheit e. V. ● Aktionsbündnis Queer in Greifswald e. V. ● CSD Rostock e. V. ● LAG Schwulen- und Lesbenrechte von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern ● Qube - Queere Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit in M-V ● queerNB e. V. ● Queer-Strelitz e. V. ● querfeldein - Das queere Radiomagazin auf Lohro ● rosalia Beratung & Bildung gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt) Neubrandenburg

Die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

- Staatskanzlei -
Schloßstr. 2-4
19053 Schwerin

15. Juni 2020

Offener Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig *Keine Zustimmung zum Adoptionshilfe-Gesetz im Bundesrat!*

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,

trotz der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare werden homosexuelle Ehepaare nach wie vor gegenüber heterosexuellen Ehepaaren diskriminiert. Im Besonderen betrifft dies miteinander verheiratete Frauen. Während in heterosexuellen Ehen bei der Geburt eines Kindes der Ehemann automatisch die rechtliche Vaterschaft erlangt, müssen in nicht-heterosexuellen Ehen die Co-Mütter den unwürdigen Weg der Stiefkindadoption gehen.

Am 28. Mai 2020 hat der Bundestag das Adoptionshilfe-Gesetz beschlossen. Damit hat der Bundestag die bisherige Diskriminierung u. a. lesbischer Mütter weiter verschärft. So müssen sich miteinander verheiratete lesbische Mütter in Zukunft einer Zwangsberatung unterziehen, wodurch der Adoptionsprozess noch aufwendiger wird. Bei heterosexuellen Paaren hingegen wird der Mann automatisch Elternteil, auch wenn er nicht der biologische Vater ist.

Die Bundesfamilienministerin verweist zur Überwindung dieser Diskriminierung auf eine Reform des Abstammungsrechts. Doch ein entsprechendes Gesetzesvorhaben ist nicht in Sicht und stellt eine unzumutbare Geduldsprobe für nicht-heterosexuelle Eltern dar, die schon viel zu lange auf eine rechtliche Gleichstellung warten. Wir wollen nicht länger warten!

Wir als LSBTIQ*-Organisationen aus Mecklenburg-Vorpommern lehnen das Adoptionshilfe-Gesetz in seiner jetzigen Fassung ab, da die damit verbundene Diskriminierung unzumutbar ist. Daher fordern wir die Landesregierung dazu auf, ihre Zustimmung zum Adoptionshilfe-Gesetz im Bundesrat zu verweigern und sich aktiv für die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren im Elternschafts- und Adoptionsrecht einzusetzen.

